

## Mäßige Preise für Kriegslieferungen!

An die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“.

Die im Ersten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte Mahnung, daß die übertriebenen Preise für Kriegslieferungen sowohl im Interesse der Reichsfinanzen wie im Interesse der allgemeinen Preisbildung mit allen Mitteln herabgedrückt werden müßten, ist zweifellos überaus zeitgemäß. Es zeigt sich hier wieder einmal, und zwar mit besonderer Klarheit, der Fehler unseres gesamten Verwaltungswesens, daß Juristen und ähnlichen, kaufmännisch nicht vorgebildeten Beamten Aufgaben übertragen sind, für deren Erfüllung allein ein erster Kaufmann, ein Direktor einer Fabrik oder eines Handelshauses, richtig vorgehen könnte.

Hier ein Beispiel: Der Vorstand eines Zigaretten einer Großfabrik im Osten Berlins erzählte mir im Frühjahr 1915, wie er seine Betten eingekauft habe. Zuerst natürlich von vier bis fünf Seiten Angebote eingezogen, dann mit den in engerer Wahl Stehenden über die Preise an Hand der Friedenspreise verhandelt, dann die Erteilung des Auftrages von Nachlässen abhängig gemacht, die bis zu 80 Prozent gingen, dann als Stichproben einige Betten aufgeschnitten und ganze Rollen als minderwertig zurückgewiesen. Als ich dies einem Geheimen Regierungsrat erzählte, der fürs „Rote Kreuz“ Betten eingekauft hatte, schlug der gute Mann die Hände über den Kopf zusammen. Es war ihm noch nicht vorgekommen, daß ein solches Vorgehen überhaupt möglich sei!

Von solchen Beispielen könnte ich noch mehr berichten. Eröffnen Sie eine Spalte für „Uebersforderungen im Kriege“ und Sie werden Ihre Wunder an den Eingängen erleben! Wie soll das enden und wie soll das später im Frieden werden? Und die böse Einwirkung auf die Moral der ganzen Nation! Tausendmal hört man: wozu Mitleid mit Geldmächtigen, wozu Scheu vor Geldbrüderlein, wozu Strubel vor übertriebenen Forderungen, wenn doch „alles“ so viel Geld verdienet!

Das Ganze ist immer eine Verwaltungsfrage, eine Frage der Verwaltungsreform, die nach dem Kriege kommen muß. Tüchtige Kaufleute gehören an die erste Stelle der wirtschaftlichen Verwaltung. Wie bei den großen industriellen Unternehmen die ersten Stellen von Kaufleuten und Ingenieuren eingenommen werden und der Jurist nur Beirat ist, so muß das auch in den wirtschaftlichen Abteilungen des Staatsdienstes der Fall sein. Die technischen Kreise haben darauf schon seit langem, auch während des Krieges wieder, eindringlich hingewiesen. Die Erfahrung, die wir jetzt mit den für Kriegslieferungen bewilligten übertriebenen Preisen machen, von denen ja die gewaltigen Gewinnsteigerungen zahlreicher Aktiengesellschaften ein überaus klares Zeugnis geben, müssen diese Forderungen von neuem unterstützen. Denn Kriegsgewinnsteuern sind nur ein mangelhafter Nothelf. Viel wichtiger und richtiger ist es, die übermäßigen Gewinne schon im Entstehen zu verhindern, und das kann nur durch Festsetzung sachgemäßer Preise beim Einkauf geschehen. Z.